

# Ein ganzes Dorf im Schatten von Windrädern

Oberveischer machen mobil gegen allzu viele Vorrangzonen. Nicht alles wird zu verhindern sein

Von Herbert Kranz

**Oberveische.** Zwei Ereignisse sollen Oberveische auf jeden Fall erspart bleiben: Zum einen soll es nicht eines Tages von Windrädern umzingelt sein. Zum anderen sollen bei der Diskussion über den Ausbau der Windkraft die Eigentümer der Flächen nicht ausgegrenzt werden wie in anderen Dörfern. Das machte Lothar Sabisch zu Beginn einer Versammlung im Landhotel Sangermann deutlich.

## Deutliche Steigerung

In der vom CDU-Ortsverband Griesmer - Neger - Oberveische veranstalteten Versammlung machte OV-Vorsitzender Sabisch deutlich, dass „uns das Verfahren von außen übergestülpt“ worden sei. Was das bedeutet, erläuterte Kreisdirektor Theo Melcher. Da der Gesetzgeber eine deutliche Steigerung der Stromerzeugung regenerativer Energie fordert, stand die Bezirksregierung in der Pflicht, so genannte Vorrangzonen auszuweisen - Gebiete, in denen künftig Windräder stehen sollen. Im Kreis Olpe müssen 2500 Hektar für diese Zwecke bereitgestellt werden, in der Stadt Olpe 600.

**„Wir werden einen gerechten Ausgleich von Lasten und Nutzen finden.“**

Lothar Sabisch, OV-Vorsitzender



Soviele Windräder rund ums Dorf will man in Oberveische auf jeden Fall vermeiden. Deshalb sind gute Argumente besonders gefragt.

FOTO: MARTINA DINSLAGE

Aufgrund seiner Lage inmitten der Gemeindegrenzen von Olpe, Attendorn, Lennestadt und Kirchhundem ist Oberveische von diesen Vorrangzonen besonders betroffen. Denn: Alle Kommunen verlagern ihre Windrad-Standorte an die Grenzen. So könnten Standorte sowohl im Bereich der Mülldeponie als auch nördlich von Apollmücke, am Natolager und nahe Tecklinghausen entstehen.

Stellungnahmen zu den Planungen abgeben kann man bis 22. Dezember, machte Olpes Baudezernent Bernd Knaebel deutlich. Die Stadt habe bereits ein Artenschutzgutachten in Auftrag gegeben und

werde ihre Stellungnahme bald ins Internet stellen. Man wolle auf jeden Fall auch rechtliche Beratung in Anspruch nehmen.

## Gute Argumente gefragt

„Wir haben Sorgen, dass wir rundum eingefasst werden von Windrädern“, wies Lothar Epe, CDU-Ratsmitglied aus Oberveische darauf hin, dass rund um das Dorf etwa 800 Hektar Vorrangzonen ausgewiesen seien. Dabei gehe es um Windräder mit bis zu 200 Metern Höhe, die man auch sehen werde. Jetzt seien sehr gute Argumente gefragt, um das abzumildern.

In den Beiträgen der Bürger ging

es um die Forderung, mehr in solche Planungen einbezogen zu werden, den Abstand zur Bebauung der eingehalten werden muss („Knaebel: „Es wird von 800 Metern gesprochen. Ich gehe davon aus, dass es dabei bleibt.“) und warum man nicht auf Wasserkraft setze (Melcher: „Die Potenziale sind zu gering.“)

Der Kreisdirektor machte klar, dass man eine Lösung finden müsse, mit der die meisten Menschen leben könnten und verwies darauf, dass „gerade hier oben der Schwarzschorch beheimatet“ sei.

Artenschutz könnte bei der Stellungnahme ebenso eine Rolle spielen wie die unter anderem von Al-

## Karten und Informationen

■ Weitere **Karten** zu den Vorrangzonen findet man unter [http://www.bezreg-arnsberg.nrw.de/themen/b/beteiligung\\_tp\\_energie/entwurf/zeichnerische\\_darstellung/index.php](http://www.bezreg-arnsberg.nrw.de/themen/b/beteiligung_tp_energie/entwurf/zeichnerische_darstellung/index.php)

■ Auf den Internetseiten der Bezirksregierung gibt es auch weitergehende Informationen über den **Teilplan Energie** des Regionalplanes.

■ Da heißt es: „Der Regionalplan legt die regionalen Ziele der Raumordnung für die Entwicklung des Regierungsbezirks und für alle **raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen** im Planungsgebiet fest.“

bert Schneider in die Diskussion gebrachte Tatsache, dass Oberveische durch die Mülldeponie, die Straße und eine geplante Hochspannungsleitung bei Apollmücke schon anderweitig belastet sei. Man müsse sich, so Lothar Sabisch, auf das Planverfahren vorbereiten und „mit guten Argumenten dagegen vorgehen“. Nur auf fachlicher Ebene könne man verhindern, dass das vorgezeichnete Szenario Wirklichkeit werde. Dazu gehöre auch die Verständigung mit den Nachbarkommunen. „Wir werden“, so sein Schlussgedanke, „nicht alles vermeiden können, aber einen gerechten Ausgleich von Lasten und Nutzen finden.“